IMT Nuremberg Archives

H – 2766

International Court of Justice

H2766 - 0002

Frank

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
Office of The General Secretary

MEMORANDUM

TO _____

Hess affidavits
from Russ

H2766 – 0003

Rechtsanwalt
Dr. Alfred Seidl
München 2
Neuhauserstraße 50/II
(über Café Fürstenhof)
[illegible] 1 26 28 und 1 26 29

Nuernberg, den 4. Oktober 1946.

An den

Herrn Generalsekretaer des
Internationalen Militaer-Tribunal

N u e r n b e r g

Betrifft: Dr. Hans F r a n k wegen Verbrechen gegen die Kriegsgebraeuche und gegen die Menschlichkeit hier Vollzug des Artikels 29 des Statuts fuer den Internationalen Militaergerichtshof.

In der Anlage lege ich in fuenffacher Ausfertigung Antrag an den Alliierten Kontrollrat fuer Deutschland fuer den Angeklagten Dr. Hans F r a n k mit der Bitte um Weiterleitung vor.

Dr. Seidl

Dr. Alfred S e i d l
Rechtsanwalt

H2766 – 0004

Rechtsanwalt
Dr. Alfred S e i d l

M U E N C H E N - 2
Neuhauserstrasse 50/II.

Nuernberg, den 4. Oktober 1946.

Verteidiger der Angeklagten
Rudolf HESS und Hans FRANK

An den

Alliierten Kontrollrat
fuer Deutschland

B E R L I N

Betrifft : Dr. Hans F R A N K wegen Verbrechen gegen die Kriegsgebraeuche und gegen die Menschlichkeit, hier Vollzug des Artikels 29 des Statuts fuer den Internationalen Militaergerichtshof.

Der Angeklagte Hans F r a n k wurde durch Urteil des Internationalen Militaergerichtshof vom 30. September 1946 in Anklagepunkt I fuer nicht schuldig, in den Anklagepunkten III und IV jedoch fuer schuldig erklaert. Er wurde zum Tode verurteilt.

Entgegen dem ausdruecklichen Willen des Angeklagten Hans F r a n k stelle ich auf Wunsch der Familie des Verurteilten den

A n t r a g

der Kontrollrat fuer Deutschland wolle in Ausuebung des ihm nach Artikel 29 des Statuts fuer den Internationalen Militaergerichtshof zustehenden Rechts die Todesstrafe in eine lebenslaengliche Gefaengnisstrafe umwandeln.

Begruendung: Der Internationale Militaergerichtshof hat zur Grundlage seines Urteils

H2766 - 0005

das Statut gemacht, durch welches er eingesetzt wurde und das einen wesentlichen Bestandteil des am 8. August 1945 in London von den Signatarmaechten unterzeichneten Abkommens bildet. Er hat sich bei der Urteilsfindung ausschliesslich von den r e c h t l i c h e n U e b e r l e g u n g e n lassen wie sie in dem Statut fuer den Internationalen Militaergerichtshof ihren Ausdruck gefunden haben. P o l i t i s c h e Gesichtspunkte haben dabei entweder ueberhaupt keine oder doch nur eine untergeordnete Rolle gespielt, jedenfalls soweit es sich um Kriegsverbrechen und um Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelte (Anklagepunkte III und IV).

Die Frage jedoch, ob die gegen die Angeklagten ausgesprochenen Todesstrafen auch vollstreckt werden sollen beinhaltet nicht nur eine rechtliche Beurteilung, sondern bedeutet zugleich auch eine p o l i t i s c h e E n t s c h e i d u n g. Dies ergibt sich ohne weiteres schon aus der Tatsache, dass der Alliierte Kontrollrat fuer Deutschland die Funktionen der frueheren deutschen Reichsregierung und des Staatsoberhauptes des deutschen Reiches ausuebt. Im einzelnen ergibt sich daraus folgendes :

I.

Der vergangene zweite Weltkrieg war in noch viel hoeherem Mass als der Weltkrieg 1914/18 ein Vernichtungskampf, der unter ruecksichtslosen Materialeinsatz und unter Anwendung aller moderne Kampfmittel gefuehrt wurde. Es kann keinem Zweife

H2766 -0006

unterliegen, dass die Gesetze und Gebraeuche des Krieges, wie sie in der Anlage zu dem IV. Haager Abkommen aus dem Jahre 1907 (Haager Landkriegsordnung) ihren Ausdruck gefunden haben, nicht nur von deutscher Seite nicht eingehalten wurden. Das gleiche gilt fuer das Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Heere im Felde und das Abkommen uber die Behandlung der Kriegsgefangenen vom 27. Juli 1929 und fuer andere kodifizierte und nichtkodifizierte Kriegsgebraeuche.

Wenn es auch richtig ist, dass nach dem geltenden Voelkerrecht dem Siegerstaat das Recht zusteht, einen in seine Gewalt gefallenen Angehoerigen des Feindes zu bestrafen, wenn dieser sich vor der Gefangennahme einer Verletzung des Kriegsrechts schuldig gemacht und die Tat nicht aus eigenem Antrieb begangen wurde, sonde ausschliesslich dem Heimatstaat zugerechnet wer den kann, so kann doch nicht zweifelhaft sein, dass in jedem derartigen Fall die e i n s e i t i g e A n w e n d u n g allgemeiner Rechtsgrundsaetze das Rechtsgefuehl nicht nur des unterlegenen Volkes, sondern aller rechtlich denkenden Menschen verletzen muss.

II.

Der Hauptanklagevertreter der Vereinigten Staaten von Amerika hat in seiner Eroeffnungsr vor dem Internationalen Militaergerichtshof am 21. November 1945, das erklaert, dass nicht so sehr das persoenliche Schicksal der 22 Angekla-

H2766 - 0007

ten in erster Linie in Frage stehe, sondern dass es sich um die Durchsetzung der allgemeinen rechtlichen und moralischen Grundsaetze handele, ohne die ein Zusammenleben der Voelker nicht moeglich ist. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, dass diese Grundsaetze a l l g e m e i n v e r b i n d l i c h s i n d und dass von ihnen eine ordnende Kraft nur dann ausgehen kann, wenn auch ihre A n w e n d u n g a l l g e m e i n und g l e i c h i s t.

Mit der Verkuendung des Urteils des Internationalen Militaergerichtshofes vom 30. September 1946 wurde dem Recht genuege getan, wie es in dem Statut fuer diesen Gerichtshof seinen Ausdruck gefunden hat. Eine abschreckende Wirkung durch eine Vollstreckung, die ueber die Wirkung des Urteils als Richterspruch hinausgeht ist bei dem fuer derartige Delikte in Betracht kommenden Personenkreis kaum zu erwarten. Dagegen wird der Kontrollrat ernsthaft die Frage pruefen muessen, ob nicht durch eine Vollstreckung der Todesurteile - vor allem auf laengere Sicht gesehen - im deutschen Volk eine Wirkung erzielt wird, die einer gesunden demokratischen Entwicklung unguenstig sein muss. Der Kontrollrat wird dabei nicht ausser acht lassen deurfen, dass die politische und wirtschaftliche Lage, in welcher sich das deutsche Volk befindet, von Tag zu Tag zusehens schlechter wird. Es kann sich im Rahmen des gegenwaertigen Antrages fuer mich nicht daru handeln, im einzelnen die G r u e n d e dafuer

H2766 - 0008

zu untersuchen und die Frage der S c h u l d zu beantworten. Es erscheint aber notwendig, kurz auf folgende T a t s a c h e n hinzuweisen, die fuer sich selbst sprechen:

1. Das Statut fuer den Internationalen Militaergerichtshof wurde zusammen mit dem Londoner Abkommen, dessen wesentlichen Bestandteil es bildet, am 8. August 1945 unterzeichnet. Sechs Tage vorher , naemlich am 2. August 1945 ist vom den Regierungschefs der gleichen Maechte - mit Ausnahme der Regierung von Frankreich - in Potsdam eine Erklaerung unterzeichnet worden, die fuer die Beurteilung verschiedener Fragen, wie sie auch in dem vergangenen Prozess aufgetaucht sind, eine nicht unwesentliche Rolle spielt und die fuer das kuenftige politische und wirtschaftliche Schicksal Deutschlands von groesster Bedeutung werden sollte. In dieser Erklaerung wurden nicht nur Gebiete mit rein deutscher Bevoelkerung unter sowjetische und vorlaeufige polnische Verwaltung gestellt, sondern es wurde dadurch ein Zustand geschaffen, der die schwerwiegendsten Folgen haben muss. Ich habe dazu bereits in meiner Schlussrede fuer den Angeklagten Hans F r a n k Stellung genommen und dabei unter anderem folgendes ausgefuehrt:

" Ich erwaehne das nicht, um auf die ungeheuerer Gefahren hinzuweisen, die mit derartigen Massnahmen allein schon im Hinblick darauf entstehen muessen, dass unter Beruecksichtigung der vorgesehenen Abtrennungen Deutschland auf einem in Verhaeltnis zu 1919 um 22% verminderten Gebiet eine um 18% vermehrte Bevoelkerung zu ernaehren

H2766 – 0009

hat und dass kuenftig auf den Quadratkilometer etwa 200 Einwohner kommen werden. Ich weise auf diesen Sachverhalt auch nicht hin um darzulegen, dass bei einer Fortfuehrung der gegenwaertigen Wirtschaftspolitik und bei Aufrechterhaltung des sogenannten Industrieplanes Deutschland einer Katastrophe entgegentreibt, deren Folgen sich nicht auf das deutsche Volk allein werden beschraenken lassen. .... "

Diese Folgen muessen umso schwerwiegender sei , als es sich bei den abgetrennten Gebieten um die landwirtschaftlichen Ueberschussgebiet Deutschlands handelt.

2. Die auf der erwaehnten Potsdamer Konferenz der Regierungschefs der Vereinigten Staaten von Amerika, von Grossbritannien und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken herausgegebene Erklaerung vom 2. August 1945 enthaelt unter anderem folgenden Absatz:

" Die Konferenz kam zu folgender Einigung bezueglich der Entfernung der Deutschen aus Polen, Tschechoslowakei und Ungarn : Nach Pruefung dieser Frage in jeder Richtung sind die drei Regierungen der Ansicht, dass die Umsiedlung nach Deutschland aller deutschen Bevoelkerungsschichten oder Teile hiervon, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurueckgeblieben sind, vorgenommen werden muss ... "

Von dieser Umsiedlung wurden und werden noch Millionen von Deutschen getroffen. Die Bedingungen, unter denen die Umsiedlung erfolgt,

H2766 - 0010

sind derart entsetzlich, dass die westdeutschen Bischoefe sich gezwungen sahen in einem besonderen Hirtenschreiben vom 29. Maerz 1946 dazu Stellung zu nehmen. In diesem Hirtenschreiben heisst es unter anderem :

" Vor einigen Wochen schon sahen wir uns veranlasst, Stellung zu nehmen zu den himmelschreienden Vorgaengen im Osten Deutschlands, vor allem in Schlesien und im Sudetenland, wo mehr als 10 Millionen Deutsche aus der angestammten Heimat in brutaler Weise vertrieben werden, ohne dass untersucht wird, ob eine persoenliche Schuld vorliegt oder nicht. Keine Feder kann das namenlose Elend schildern, das dort unter Missachtung jeglicher Menschlichkeit und Gerechtigkeit sich vollzieht. All diese Menschen werden ohne jede Habe ohne die Moeglichkeit einer Existenzgruendung im Restdeutschland zusammengepfercht. Es ist nicht abzusehen, wie diese aus der Heimat vertriebenen Massen nicht zu friedlosen und friedenstoerenden Elementen werden sollen."

D a s S c h i c k s a l , d a s d i e s e voellig mittellos umherirrenden Menschen erleiden, ist in vielen Faellen schlimmer als der Tod. Den deutschen Behoerden wird eine wirksame Hilfe unmoeglich gemacht durch die Zerstoerung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Der Kontrollrat wird auch diesen Sachverhalt bei seiner Entscheidung nicht

H2766 - 0011

unberuecksichtigt lassen duerfen.

3. Der Kontrollrat fuer Deutschland wird in seiner Stellungnahme, die zugleich eine rechtliche und politische Entscheidung bedeutet einen weiteren Gesichtspunkt nicht ausser acht lassen duerfen. Auch auf diesen hat der erwaehnte Hirtenbrief der Bischoefe der Koelner und der Paderborner Kirchenprovinz hingewiesen und dabei unter anderem folgendes ausgefuehrt:

" Das Rechtsbewusstsein des deutschen Volkes erleidet schwere Einbusse dadurch, dass heute ein Jahr nach Einstellung der Feindseligkeiten, noch Millionen deutscher Kriegsgefangener auf unbestimmte Zeit vielfach unter erbaermlichen Umstaenden festgehalten und der Freiheit beraubt sind, Hunderttausende, wenn nicht Millionen werden wie Sklaven zu schwerer Zwangsarbeit herangezogen, obwohl das einzige, was man ihnen vorwefern kann, die Tatsache ist, dass sie Soldat waren. Viele von diesen Aermsten sind noch immer ohne Nachricht von daheim und haben ihren Lieben auch noch kein Lebenszeichen geben duerfen. Das bittere Gefuehl des Unrechts - viele haben ihre Gesundheit, ja das Leben eingebuesst - muss sich bei ihnen und bei ihren Angehoerigen unheilbar festsetzen."

4. Nicht weniger wichtig fuer die Entscheidung des Kontrollrats ist ein anderer Tatbestand, zu dem ebenfalls der erwaehnte Hirtenbrief wie folgt Stellung nimmt :

H2766 - 0012

" Wir sehen uns auch genoetigt zu erklaeren, dass die fristlose und versorgungslose Entlassung tausender von Beamten und Wirtschaftlern, die Verhaftung weiterer tausender ohne richterlichen Spruch, ihre Freiheitsberaubung ohne Moeglichkeit der eigenen Verteidigung, ohne Moeglichkeit mit den naechsten Angehoerigen in Verbindung zu treten, das Rechtsbewusstsein des Volkes empfindlich treffen. Soll eine innere Gesundung des Volkes angebahnt werden, so muss alles, was an *Gestapo, Konzentrationslager und aehnliche Dinge erinnert, aus dem oeffentlichen Leben verbannt werden. Sonst greift eine innere Vergiftung Platz, die einen moralischen und religioesen Aufstieg aufs aeusserste erschwert, wenn nicht unmoeglich macht."

5. In dem erwaehnten Hirtenschreiben wird auch auf die Tatsache hingewiesen, dass im Osten Deutschlands unter dem Schlagwort : "Bodenreform" eine Enteignung des Grundbesitzes in so radikalen Formen durchgefuehrt wird, die mit einer echten Bodenreform kaum mehr etwas zu tun haben. Noch wichtiger aber erscheint der Umstand, dass in weiten Teilen des besetzten Deutschlands eine wirtschaftliche Verwuestung stattfindet, die eine wirtschaftliche und soziale Gesundung fast unmoeglich machen muss. Unternehmen werden zertruemmert, Fabriken und Werke zerstoert oder abmontiert und verfrachtet ohne Ruecksicht darauf ob die arbeitende Bevoelkerung damit ihrer Arbeitstaetten beraubt wird oder nicht. Elektrizitaetswerke und andere Versorgungsbetriebe

H2766 - 0013

werden davon nicht ausgenommen. Und dies alles ohne dass durch einen Friedensvertrag Klarheit ueber das kuenftige Schicksal Deutschlands und seiner Reparationspflicht Klarheit geschaffen wo den waere.

Alle diese Fragen stehen zwar in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der vom Kontrollrat zu treffenden Entscheidung. Es kann aber nicht zweifelhaft sein, dass der m i t t e l b a r e Z u s a m m e n h a n g nicht weniger wichtig ist; vor allem dann, wenn der Kontrollrat bei seiner Entscheidung von Ueberlegungen auf lange Sicht ausgeht.

Ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Fall des Angeklagten F r a n k besteht uebrigens insofern, als diesem Angeklagten unter anderem zum Vorwurf gemacht wird, in dem von ihm verwalteten Gebiet Polens eine Politik der Auspluenderung betrieben zu haben. Hinsichtlich der Einzelheiten nehme ich Bezug auf meine Ausfuehrunge in meiner Schlussrede fuer den Angeklagten Frank

6. Ich habe bereits ausgefuehrt, dass der vergangene zweite Weltkrieg von beiden Seiten unter Einsatz des gesamten militaerischen und wirtschaftlichen Potentials gefuehrt wurde und dass keine der kriegfuehrenden Parteien davor zurueckschreckte auch die grauenhaftesten Kriegsmittel in den Kampf zu werfen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die entsetzlichen Folgen

H2766 - 0014

die die beiden Atombomben fuer die Staedte Hiroshima und Nagasaki hatten und wodurch hunderttausende von Menschen ihr Leben verloren oder schwerverwundet wurden. Die in Deutschland angerichteten Verwuestungen sind nicht weniger furchtbar . Ich habe dazu in meiner Schlussrede fuer den Angeklagten F r a n k Stellung genommen und nehme darauf Bezug. In diesem Zusammenhang braucht lediglich daran erinnert werden, dass bei einem einzigen Bombenangriff auf Dresden nicht weniger als 280.000 Menschen ihr Leben verloren haben.

Alle diese Tatsachen sind derart, dass der Kontrollrat sie bei seiner Entscheidung, ob die vom Internationalen Militaertribunal verhaengten Todesurteile auch vollstreckt werden sollen, wird nicht uebergehen koennen. Dies wird umso weniger moeglich sein, je mehr die moeglichen psychologischen Wirkungen einer Urteilsvollstreckung in Erwaegung gezogen werden.

III.

Das Internationale Militaertribunal hat bei mehreren Angeklagten mildernde Umstaende darin erblickt, dass sie in den letzten Jahren des Krieges Hitler und seinem Regime Widerstand geleistet haben. Es ist richtig, dass der Angeklagte F r a n k sich an keiner Verschwoerung gegen Hitler beteiligt hat. Ich habe aber auch bereits zu dieser Frage in meiner Schlussrede

H2766 - 0015

fuer den Angeklagten F r a n k Stellung genommen und dabei unter anderem folgendes ausgefuehrt:

" Als es immer offensichtlicher wurde, dass Hitler und der Reichsfuehrer SS Himmler im Begriffe standen die letzten Reste des Rechtsstaates zu beseitigen und als immer klarer in die Erscheinung trat, dass die Macht der Polizei keine Grenzen mehr kannte und die Entwicklung zum reinen Polizeistaat immer offener zu Tage trat, da sprang der Angeklagte Frank vor und wandte sich in vier grossen Reden an die deutsche Oeffentlichkeit mit einem letzten Appell zur Idee des Rechtsstaates. Er tat dies als Hitler auf dem Hoehepunkt seiner Macht stand. Er richtete diesesn Appell an die deutsche Oeffentlichkeit zu einer Zeit als die deutschen Armeen auf Stalingrad und in den Kaukasus marschierten und die deutschen Panzerarmeen in Afrika bei El Alamein 100 km vor Alexandria standen. Ich habe im Beweisverfahren einige Auszuege dieser grossen Reden, die der Angeklagte Frank in Berlin , Heidelberg, Wien und Muenchen gehalten hat, verlesen. Diese Reden enthielten eine deutliche Absage an jede Form des Polizeistaates und ein Bekenntnis zum Rechtsstaat zur Unabhaengigkeit des Richters und zur Idee des Rechts an sich. Der Widerhall , den diese Reden in den Kreisen der Rechtswahrer gefunden haben, war ungeheuer. Leider hat sich dieser Widerhall nicht auf einen groesseren Kreis erstreckt und er fand insbesondere kein Echo bei den Maennern, die allein die Machtmittel besassen haetten, um den drohenden Verhaengnis Einhalt zu gebieten.

Die Folgen dieses Versuches , den Untergang der Idee des Rechtsstaates in einer letzten grosse

H2766 - 0016

Anstrengung abzuwenden, sind bekannt. Der Angeklagte Frank wurde seiner saemtlicher Parteiaemter enthoben. Er wurde als Praesident der Akademie fuer deutsches Recht abgesetzt. Die Leitung des nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes wurde in die Haende des Reichsjustizministers THIERACK gelegt. Gegen Frank selbst wurde von Hitler ein Redeverbot erlassen."

Es ist meine Ueberzeugung, dass gerade dieser unerschrockene Einsatz des Angeklagten FRANK fuer die Idee des Rechts und des Rechtsstaates bei der Entscheidung ueber die Urteilsvollstreckung nicht unbeachtet bleiben sollte.

Ich bitte ferner zu bedenken, wie sich aus den Entscheidungsgruenden des Urteils selbst schon ergibt, die Zustaendigkeit des Angeklagten als Generalgouverneur in wesentlichen Punkten eingeschraenkt war und dass auf Grund eines geheimen Erlasses von Hitler und Himmler alle Angelegenheiten der Sicherheitspolizei und des SD ausschliesslich entweder von Himmler selbst oder aber von dem hoeheren SS - Polizeifuehrer Ost behandelt wurde. Hinsichtlich der Einzelheiten nehme ich Bezug auf den Inhalt meiner Schlussrede fuer den Angeklagten F r a n k.

Die vorstehenden Ausfuehrungen hat der grosse englische Dichter Bernard S H A W in einem Urteil zusammengefasst, das vor wenigen Tagen zusammen

H2766 - 0017

mit einer Erklaerung eines hoeheren englischen kirchlichen Wuerdentraegers in der Weltpresse veroeffentlicht wurde und dem ich nichts hinzuzufuegen habe.

Dr. Alfred S e i d l
Rechtsanwalt

H2766 - 0018

Attorney-at-law
Dr. Alfred Seidl
Munich 2
Neuhauserstrasse 50/II
(opposite Cafe Fuerstenhof)
Tel. 1 26 28 and 1 26 29
Box 271

Nuernberg, 4 October 1946

To the

General Secretary of the
International Military Tribunal

N u e r n b e r g

Re: Dr. Hans Frank for War Crimes and Crimes against Humanity, in accordance with article 29 of the Charter for the International Military Tribunal.

I enclose an application in five copies to the Allied Control Council for Germany on behalf of the defendant Dr. Hans F r a n k and request that it be forwarded to the proper authority.

(signed)

Dr. Alfred Seidl
Attorney-at-Law

H2766 - 0019

Attorney-at-Law
Dr. Alfred Seidl

M U N I C H - 2
Neuhauserstrasse 50/II

Nuernberg, 4 October 1946
Nuen

Defense Counsel for the defendants
Rudolf HESS and Hanz FRANK

To the

Allied Control Council
for Germany

B E R L I N

Re: Dr. Hans F r a n k, for War Crimes and Crimes against Humanity, in accordance with article 29 of the Charter for the International Military Tribunal.

On 30 September 1946 the International Military Tribunal declared the defendant Hans F r a n k to be not guilty under count I of the indictment, and guilty under counts III and IV of the indictment. He was sentenced to death.

Against the express wish of the defendant Hans F r a n k, I submit this

a p p l i c a t i o n,

at the request of the defendant's family, that the Control Council for Germany, in execution of the right given it by Article 29 of the Charter for the International Military Tribunal, commute the death sentence to a sentence of life imprisonment.

Reasons: The International Military Tribunal based its judgment on the Charter

H2766 - 0020

by which it was appointed and which forms a considerable part of the agreement signed on 8 August 1945 in London by the signatory powers. In its finding it was governed exclusively by the legal considerations as expressed in the Charter for the International Military Tribunal. Political views played no role at all, or at least a subordinate role, at least insofar as war crimes and crimes against humanity are concerned. (Counts III and IV of the Indictment.)

The question, however, of whether the death sentences pronounced against the defendants are to be executed involves not only a legal judgment but means at the same time a political decision. This is shown alone by the fact that the Allied Control Council for Germany is exercising the functions of the former German Reich Government and of the Head of State of the German Reich. In detail, this results in the following:

I.

The recent second World War was, to a much greater extent than the 1914-18 World War, a war of annihilation, waged with reckless commitment of materiel and with the employment of all modern weapons. There can be no doubt

H2766 - 0021

that it was not only the German side which failed to observe the laws and customs of war, as expressed in the supplement to the fourth Hague Agreement of 1907 (Hague Rules on Land Warfare.) The same is true of the Geneva Agreement for the Improvement of the Lot of the Wounded and Sick of the Armies in the Field and of the Agreement on the Treatment of Prisoners of War of 27 July 1929, and of other codified and non-codified customs of war.

Even if it is true that according to valid international law the victorious state has the right to punish an enemy who has fallen into its hands, if before his capture he was guilty of a violation of the rules of warfare and the deed was not committed on his own initiative but can be ascribed only to his home state, nevertheless there can be no doubt that in each such case the one-sided application of general legal principles must violate the feeling for justice not only of the vanquished people, but of all right-thinking men.

II.

The Chief Prosecutor of the United States of America in his opening speech before the International Military Tribunal on 21 November 1945 stated that it was not primarily the personal fate of the 22 defendants which was at stake,

H2766 - 0022

but that it was a question of putting into effect the general legal and moral principles without which it is not possible for nations to live together. But there can be no doubt that these principles are generally binding and that they can exercising a regulating force only if their application is also general and equal.

With the pronouncement of the judgment of the International Military Tribunal of 30 September 1946, the law as expressed in the Charter for this Court was satisfied. No deterring effect can be expected from the execution, going beyond the effect of the judgment as such, on the circle of persons concerned. On the other hand, the Control Council will have to examine seriously the question of whether an execution of the death sentence might not--especially in the long run--achieve an effect on the German people which must be unfavorable to a healthy democratic development. The Control Council will not be able to ignore the fact that the present political and economic situation of the German people is daily becoming visibly worse. In the framework of my present assignment I cannot examine the reasons for this in detail

H2766 - 0023

and answer the question of guilt. But it seems necessary to refer briefly to the following facts, which speak for themselves:

1. The Charter was signed together with the London Agreement, of which it forms an essential part, on 8 August 1945. Six days before, on 2 August 1945, the heads of the governments of the same powers - with the exception of the government of France - signed an agreement at Potsdam, which plays a not inconsiderable role in the judgment of various questions such as arose in the recent trial, and which was to be of the greatest importance for the future political and economic fate of Germany. In this statement not only are territories with purely German population placed under Soviet and temporary Polish administration, but it created a condition which must have the most serious consequences. I have already commented on this in my final speech for the Defendant Hans Frank and stated there among other things:

"I do not mention this in order to point out the enormous dangers which must arise in connection with such measures, alone in view of the fact that in consideration of the proposed separations, Germany will have to feed a population increased by 18% on a territory reduced by 22%, in comparison to 1919,

H2766 - 0024

and that in the future there will be about 200 inhabitants per square kilometer. Nor do I refer to this state of affairs in order to show that if the present economic policy is continued and if the so-called industrial plan is maintained, Germany is moving toward a catastrophe, the consequences of which could not be limited to the German people alone....."

These consequences must be all the more serious, since the separated areas are the agricultural surplus areas of Germany.

2. The declaration of 2 August 1945 issued at the above-mentioned Potsdam Conference of the government heads of the United States of America, Great Britain, and the Union of Socialist Soviet Republics contains, among other things, the following paragraph:

"The conference has come to the following agreement in regard to the removal of Germans from Poland, Czechoslovakia, and Hungary: After examination of this question from all sides, the three governments are of the opinion that resettlement to Germany of all sections of the German population or parts thereof who have remained behind in Poland, Czechoslovakia, and Hungary, must be undertaken.... Millions of Germans were affected and are still being affected by this resettlement. The conditions under which the transfer takes place

H2766 - 0025

are so terrible that the western German bishops felt obliged to comment on it in a special pastroal letter of 29 March 1946. This pastroal letter says among other things:

"A few weeks ago we felt obliged to take a stand in regard to the terrible events in the east of Germany, above all in Silesia and in the Sudetenland, where more than ten million Germans were driven brutally from their ancestral home without any investigation of whether personal guilt existed or not. No pen can describe the nameless misery existing there, with disregard of all humanity and justice. All of these people are herded together in the rest of Germany, without any property, without any basis for a livelihood. It is impossible to foresee how these masses, driven from their homes, can fail to become quarrelsome and disturbing elements."

The fate which these people are suffering, wandering about completely without resources, is in many cases worse than death. Effective aid is made impossible for the German authorities by the destruction of the political and economic unity of Germany. The Control Council cannot leave this situation out of consideration in reaching its decision.

H2766 - 0026

3. The Control Council for Germany, in forming its opinion, which is at the same time a legal and a political decision, cannot ignore a further point of view. The above-mentioned pastoral letters of the bishops of the Cologne and the Paderborn dioceses referred to this as well, saying, among other things:

"The sense of justice of the German people is suffering serious damage from the fact that today, a year after the cessation of hostilities, millions of German prisoners of war are still in custody and deprived of their freedom for an undetermined period of time, often under miserable conditions; hundreds of thousands, if not millions, are used like slaves for the heaviest forced labor, although the only thing with which they can be charged is the fact that they were soldiers. Many of these poor people are still without news from home and have not been allowed to communicate with their loved ones. The bitter feeling of injustice—many have lost their health, even their lives—must be established incurably in them and their relatives."

4. No less important for the decision of the Control Council is another state of affairs, on which the above-mentioned pastoral letter comments as follows:

H2766 - 0027

"We also feel obliged to declare that the dismissal of thousands of civil servants and economists without notice and without care, the arrest of further thousands without trial, their deprivation of freedom without an opportunity to defend themselves, without an opportunity of contacting their closest relatives, must hurt the sense of justice of the nation. If an internal healing of the people is to be striven for, then everything that recalls the Gestapo, concentration camps, and similar things must be banned from public life. Otherwise an internal poisoning will take place, which would make a moral and religious rise extremely difficult, if not impossible."

5. In the above-mentioned pastoral letter reference is also made to the fact that in the east of Germany, under the slogan of "soil reform", an expropriation of real estate is being carried out in such a radical form that it has hardly any connection with real soil reform. More important, however, seems the circumstance that in large parts of occupied Germany an economic devastation is taking place which must make economic and social healing almost impossible. Enterprises are being smashed, factories and works destroyed or dismounted and sent away without consideration of whether the working population is thereby robbed of its places of work or not. Electricity works and other public utilities

H2766 - 0028

are not excepted. And all this without a peace treaty to clarify the future fate of Germany and her reparations duties.

All of these questions have, it is true, no direct connection with the decision to be reached by the Control Council. But there can be no doubt that the indirect connection is no less important; especially if the Control Council bases its decisions on long-range considerations.

There is a direct connection with the case of the defendant Frank insofar as the charge was made against this defendant, among other things, of having carried on a policy of exploitation in the area of Poland which he administered. In regard to the details I refer to my statements in my concluding speech for the defendant Frank.

6. I have already stated that the recent second World War was waged by both sides with commitment of the entire military and political potential and that none of the belligerent parties shunned the use of even the most horrible weapons. I recall in this connection the terrible consequences

H2766 - 0029

of the two atom bombs on the cities of Hiroshima and Nagasaki, through which hundreds of thousands of people lost their lives or were seriously wounded. The destruction done in Germany is no less terrible. I commented on it in my concluding speech for the defendant Frank, to which I refer. In this connection I need only recall that in a single air raid on Dresden no less than 280,000 people lost their lives.

All of these facts are of such a nature that the Control Council will not be able to overlook them in its decision as to whether the death sentences pronounced by the International Military Tribunal are to be executed. This will be all the more impossible, the more the possible psychological effects of an execution of judgment are taken into consideration.

III.

The International Military Tribunal in the cases of several of the defendants saw mitigating circumstances in the fact that in the last few years of the war they had opposed Hitler and his regime. It is true that the defendant Frank did not participate in any conspiracy against Hitler. But I have also commented on this question in my final speech

H2766 – 0030

for the defendant Frank, saying, among other things:

"When it became more and more obvious that Hitler and the Reichsfuehrer SS Himmler were about to destroy the last remnants of the legal state, and when it became more and more clear that the power of the police no longer knew any bounds and when the development into a pure police state appeared more and more clearly, the defendant Frank stood forth and addressed the German public in four great speeches with one last appeal to the idea of the legal state. He did this when Hitler was at the height of his power. He addressed this appeal to the German public at a time when the German armies were marching on Stalingrad and in the Caucasus and the German Panzer armies in Africa were at El Alamein, 100 kilometers from Alexandria. In the presentation of evidence I read some excerpts from these great speeches, which the defendant Frank made in Berlin, Heidelberg, Vienna, and Munich. These speeches contain a clear renunciation of any form of police state and an acknowledgment of allegiance to the legal state, to the independence of judges, and to the idea of justice as such. The echo which these speeches had in legal circles was enormous. Unfortunately this echo did not extend to a greater circle, and in particular there was no echo among the men who alone would have had the power to stop the imminent fate.

The consequences of this attempt to avert by one last great effort the destruction of the idea of the legal state

H2766 - 0031

are well known. The defendant Frank was relieved of all of his Party offices. He was dismissed as president of the Academy for Germany Law. The administration of the National Socialist Lawyers' League was placed in the hands of the Reich Minister of Justice THIERACK. Against Frank himself Hitler issued a prohibition to speak."

It is my conviction that precisely this brave effort of the defendant Frank on behalf of the idea of justice and of the legal state should not be left out of consideration in the decision on the execution of judgment.

I further ask you to consider, as is shown by the explanation of the decision of the judgment itself, that the authority of the defendant as Governor General was limited in essential points and that on the basis of a secret decree of Hitler and Himmler all affairs of the Security Police and of the SD were dealt with exclusively either by Himmler himself or by the Higher SS and Police Leader East. In regard to details I refer to the contents of my concluding speech for the defendant Frank.

The above statements were summed up by the great English poet Bernard SHAW in a judgment which was published in the world press a few days ago, together

with a statement by a high English church dignitary, and to which I have nothing to add.

(signed) Dr. Seidl
Dr. Alfred Seidl
Attorney-at-Law

H2766 - 0032

Hans FRANK

Dr Alfred SEIDL
Avocat
MUNICH 2
Neuhauserstrasse 50/II

NUREMBERG, le 4 octobre 1946

A

Monsieur le Secrétaire Général
du Tribunal Militaire International

de NUREMBERG

OBJET : Dr Hans FRANK pour crimes contre les usages de la guerre et contre l'humanité en application de l'art. 29 de la Charte du Tribunal Militaire International;

Ci-joint, je vous fais parvenir, en 5 exemplaires, une requête adressée au Comité de Contrôle allié pour l'Allemagne, au sujet de l'accusé, Dr Hans FRANK, avec prière de bien vouloir la transmettre.

signature : illisible

Dr Alfred SEIDL
Avocat

H2766 - 0033

Hans FRANK

Dr Alfred SEIDL
Avocat
MUNICH 2
Neuhauserstrasse 50/II

NUREMBERG, le 4 octobre 1946

Défenseur des accusés
Rudolf HESS & Hans FRANK

Au
Comité de Contrôle allié
pour l'Allemagne

B E R L I N

OBJET : Dr Hans FRANK pour crimes contre les usages de la guerre et contre l'humanité en application de l'article 29 de la Charte du Tribunal Militaire International.

L'accusé Hans FRANK a été, par jugement du Tribunal Militaire International, en date du 30 septembre 1946, déclaré coupable en ce qui concerne les chefs d'accusation III et IV et non coupable en ce qui concerne le chef d'accusation I. Il a été condamné à mort.

A l'encontre du désir exprès exprimé par l'accusé Hans FRANK, j'adresse par la présente, sur la demande de la famille de l'accusé, une requête tendant à demander à la Commission de Contrôle de l'Allemagne, de faire usage du droit que lui confère l'art. 29 de la Charte du Tribunal Militaire International l'autorisant à commuer la peine de mort en une peine d'emprisonnement à vie.

MOTIFS : Le Tribunal Militaire International, a, pour baser son jugement, établi la Charte

H2766 - 0034

par laquelle il a été institué et qui forme une partie essentielle de l'accord conclu le 8 août 1945 à Londres par les puissances signataires. Il s'est appuyé uniquement, pour rédiger son jugement sur les considérations juridiques, telles qu'elles trouvent leur expression dans la Charte du Tribunal Militaire International. Les points de vue politiques ou bien n'ont joué là aucun rôle ou n'ont joué qu'un rôle secondaire tout au moins tant qu'il s'agissait de crimes de guerre ou de crimes contre l'humanité (Chefs d'accusation III et IV).

La question cependant de savoir si la peine de mort prononcée contre l'accusé doit être exécutée, ne contient pas seulement une appréciation de droit, mais signifie en même temps une décision politique. Ceci ressort déjà, sans autre, du fait que le Comité de Contrôle Allié pour l'Allemagne exerce les fonctions de l'ancien Gouvernement du Reich allemand et du Chef du Reich allemand. Dans le détail, il en résulte ce qui suit :

I.

La deuxième guerre mondiale était beaucoup plus encore que la première de 1914-18, une lutte de destruction qui fut menée avec une utilisation impitoyable de matériel de guerre et en utilisant tous les moyens de combat modernes. Il ne saurait exister aucun doute

H2766 - 0035

que les lois et usages de la guerre, ainsi qu'ils ont été exposés dans l'Annexe à la 4ème Convention de La Haye de 1907 (Landkriegsordnung) n'ont pas été inobservés du côté allemand seulement. Il en est de même pour la Convention de Genève pour l'amélioration du sort des blessés et des malades de l'armée de terre en campagne et pour la Convention sur le traitement des prisonniers de guerre du 27 juillet 1929, ainsi que pour d'autres usages de la guerre, codifiés ou non.

S'il est exact que d'après le Droit International en vigueur, la Puissance victorieuse a le droit de châtier un ennemi tombé entre ses mains, si celui-ci, avant sa capture, s'est rendu coupable d'une violation du droit de la guerre et que cette action n'a pas été faite de sa propre initiative mais peut être attribuée exclusivement à son pays, il ne saurait cependant être mis en doute que dans un tel cas particulier, l'application unilatérale des principes généraux du droit doit blesser le sentiment de droit non seulement du peuple vaincu, mais également de tous les êtres humains qui ont le sens du droit.

II.

Le Représentant principal du Ministère Public des USA, lors de son discours d'ouverture devant le Tribunal Militaire International, le 21 novembre 1945, a déclaré que ce n'était pas tant le destin personnel des 22 accusés

H2766 - 0036

qu'il fallait considérer d'abord, mais bien l'application des principes généraux moraux et juridiques sans lesquels une vie en commun des peuples serait impossible. Il est, cependant, hors de doute que ces principes engagent tout le monde et qu'il ne peut émaner d'eux une force que si leur application est générale et égale.

Par la proclamation du Jugement du Tribunal Militaire International, du 30 septembre 1946, il a été satisfait au droit conformément à la Charte de ce Tribunal. On peut à peine attendre de l'exécution du jugement, un effet d'intimidation, dépassant celui du prononcé du Jugement lui-même, sur le milieu qui entre en ligne de compte pour ce genre de délit . Par contre, le Comité de Contrôle devra étudier sérieusement la question de savoir, si, en exécutant ces sentences de mort (en voyant les choses a longue échéance), il n'obtiendrait pas parmi le peuple allemand, un résultat défavorable à un sain développement démocratique. Le Comité de Contrôle ne devra pas oublier de tenir compte que la situation politique et économique du peuple allemand est visiblement plus mauvaise de jour en jour. Il ne peut pas s'agir pour moi, dans le cadre de la présente requête, d'en étudier en détail les raisons

H2766 - 0037

ni de répondre à la que ion de la faute. Mais il me semble nécessaire de revenir brièvement sur les faits suivants qui parlent d'eux-mêmes.

1) La Charte du Tribunal Militaire International a été signée en même temps que l'accord de Londres le 8 août 1945, et en forme la partie essentielle. Six jours avant, le 2 août 1945, les Chefs de Gouvernement des mêmes puissances (a l'exception du Gouvernement franç is) ont signé à Potsdam, une déclaration qui joue un rôle important pour l'appréciation de différentes questions qui ont surgi au cours du procès qui vient de se dérouler et capi l pour le destin politique et économique de l'Allemagne. Dans cette déclaration, il ne fut pas seulement question des territoires de race purement allemande placés sous l'administration provisoire soviétique et polonaise, mais on c éa ainsi un état de choses qui peut entraîner les plus lourdes conséquences. A ce sujet, j'ai déjà pris position dans mon discours de conclusion pour l'accusé Hans FRANK, et j'ai déclaré entre autre :

"Je ne mentionne pas cela pour faire remarquer les dangers énormes qui sont la conséquence inévitable de telles mesures, a savoir que cette séparation de l'Allemagne qui, en rapport avec l'année 1919, comporte une augmentation de 18% de la population à nourrir sur un territoire réduit de 22%

H2766 - 0038

et qui désormais comprendra 200 habitants au Km^2. Je ne fais pas non plus remarquer ces faits pour prouver qu'en continuant la politique économique actuelle et en maintenant le plan industriel, l'Allemagne marche à une catastrophe dont les conséquences ne se limiteront pas au seul peuple allemand....."

Ces conséquences seront d'autant plus lourdes qu'il s'agit pour les territoires séparés de territoires à excédents agricoles.

2) La déclaration publiée lors de la conférence de POTSDAM des chefs de gouvernement des USA, de la Grande Bretagne et de l'URSS du 2 aout 1945 renferme entre autre le § suivant :

"La Conférence en est arrivée à l'accord suivant concernant l'évacuation des allemands de Pologne, Tchécoslovaquie et Hongrie : après avoir étudié la question sous tous ses angles, les trois gouvernements sont d'avis que l'émigration vers l'Allemagne de toutes les couches de la population allemande ou de parties de cette population qui sont demeurées en Pologne, Tchécoslovaquie et Hongrie doit avoir lieu....."

Cette mesure d'émigration atteint et atteindra encore des millions d'Allemands. Les conditions dans lesquelles se fait cette

H2766 - 0039

émigration sont à tel point épouvantables que les évêques de l'Allemagne Occidentale se sont vus obligés de prendre position contre cette mesure dans une lettre pastorale du 29 mars 1946. Dans cette lettre pastorale il est dit entre autres :

"Il y a quelques semaines déjà, nous nous sommes vus obligés de prendre position au sujet des évènements criant vers le Ciel qui se produisent dans l'Allemagne Orientale surtout en Silésie et dans le pays des Sudètes où plus de 10 millions d'Allemands originaires de ce pays ont été brutalement chassés sans même qu'on récherche s'il existe ou non une culpabilité personnelle. Aucune plume ne saurait décrire la misère sans nom qui règne là-bas au mépris de toute humanité et de toute justice. Tous ces gens sont parqués dans le reste de l'Allemagne sans Avoir et sans Possibilité de se créer une existence. On peut se demander comment ces masses chassées de leur pays ne deviendront pas elles-mêmes sans paix, des troubles de paix.

Le destin que subissent ces être errants dénués de tout est dans bien des cas pire que la mort. Les autorités allemandes sont incapables d'apporter une aide efficace, étant donné la destruction politique et économique de l'Allemagne. Le Comité de contrôle ne devra pas oublier de tenir compte de ces faits lors de sa décision.

H2766 - 0040

3) Le Comité de Contrôle pour l'Allemagne, dans sa décision qui revêt un caractère de droit aussi bien qu'un caractère politique ne pourra négliger encore un autre point de vue. La lettre pastorale des évêques des provinces ecclésiastiques de Cologne et de Paderborn, déjà mentionnée, a attiré l'attention sur ce point, et dit notamment :

"Le sentiment de justice du peuple allemand éprouve de sérieuses atteintes par le fait qu'un an après la cessation des hostilités, il y a encore des millions de prisonniers de guerre allemands privés de leur liberté pour un temps indéterminé, et souvent dans des conditions pitoyables. Il y en a des centaines de milliers sinon des millions obligés de faire de durs travaux comme des esclaves, bien que le seul reproche qu'on puisse leur faire est d'avoir été soldats. Beaucoup de ces malheureux sont encore sans nouvelles des leurs, à qui ils n'ont pas eu la permission de donner signe de vie. L'amer sentiment d'injustice - beaucoup ont perdu leur santé et même leur vie - doit leur paraître, ainsi qu'à leurs parents, ineffacable."

4) Il y a une autre circonstance, qui n'est pas moins importante pour la décision du Comité de Contrôle et qui est traitée ainsi dans la lettre pastorale précitée :

H2766 - 0041

Hans FRANK

"Nous nous voyons aussi obligés de déclarer que le licenciement sans délai ni ménagement de milliers de fonctionnaires et d'employés, l'arrestation sans jugement de milliers d'autres, leur détention sans possibilité de présenter leur propre défense, ni celle de communiquer avec leurs proches, atteint vivement le sentiment de justice du peuple. Si l'on doit commencer un assainissement intérieur du peuple, tout ce qui rappelle la Gestapo, les camps de concentration et d'autres choses, doit être banni de la vie publique. Sinon, il se produit un empoisonnement intérieur qui rend difficile à l'extrême sinon impossible un relèvement moral et religieux."

5) Dans la lettre pastorale précitée, on fait également remarquer que dans l'Allemagne orientale on procède, sous le slogan "Réforme agraire", à une expropriation des terres d'une manière si radicale que cette opération n'a presque rien du caractère d'une réforme agraire véritable. Mais il y a une circonstance qui paraît encore plus importante, c'est le fait que dans des régions étendues de l'Allemagne occupée, il se fait une dévastation économique telle qu'elle doit rendre presque impossible l'assainissement économique et social. Des entreprises sont réduites en ruines, des fabriques et des usines sont détruites ou démontées et transportées ailleurs sans qu'on se soucie de

H2766 -0042

Hans FRANK

savoir si la population ouvrière est ainsi privée ou non de ses moyens de travail. Les centrales d'électricité et autres entreprises d'utilité publique

H2766 - 0043

ne sont pas épargnées. Et tout cela sans qu'un traité de paix jette de la clarté sur le sort futur de l'Allemagne et son devoir de réparation de ce pays.

Toutes ces questions n'ont à vrai dire aucun rapport direct avec la décision à prendre par le Comité de Contrôle. Mais il n'est pas douteux que le rapport indirect est non moins important ; surtout si le Comité de Contrôle tient compte d'éléments à longue échéance en prenant sa décision.

Un rapport direct avec le cas de l'accusé FRANK se trouve également dans le fait qu'on a, entre autres choses, reproché à cet accusé d'avoir poursuivi une politique de pillage dans le territoire de Pologne qu'il administrait. En ce qui concerne les détails, je me réfère aux déclarations que j'ai faites dans mon plaidoyer pour l'accusé FRANK.

6. J'ai déja dit que la deuxième guerre mondiale qui vient de se terminer, a été conduite de part et d'autre en employant tout le potentiel militaire et économique, et qu'aucun des belligérants n'a craint de combattre avec les armes les plus cruelles. A ce propos, je rappelle les suites horribles

H2766 - 0044

qu'eurent les deux bombes atomiques pour les villes de Hiroshima et Nagasaki où des centaines de milliers d'êtres humains perdirent la vie ou furent gravement blessés. Les dévastations causées en Allemagne ne sont pas moins terribles. Je me réfère d'ailleurs à l'avis que j'ai exprimé sur cette question dans mon plaidoyer pour l'accusé FRANK. A ce propos, il suffit de rappeler seulement que dans un seul bombardement aérien, au moins 280.000 personnes furent tuées à Dresde.

Tous ces faits sont de telle nature que le Comité de Contrôle ne pourra les négliger en prenant sa décision sur la question de savoir si les sentences de mort, prononcées par le Tribunal Militaire International doivent être exécutées. Ceci paraîtra d'autant moins possible qu'on considèrera davantage les effets psychologiques possibles d'une exécution de la sentence.

III.

Dans le cas de plusieurs accusés, le Tribunal Militaire International a vu des circonstances atténuantes dans le fait que, pendant les dernières années de la guerre, ils avaient résisté à HITLER et à son régime. Il est exact que l'accusé FRANK n'a pris part à aucun complot contre HITLER. MAis dans mon plaidoyer pour l'accusé FRANK, j'ai déjà dit mon point de vue sur cette question, et entre autres déclarations, j'ai dit :

H2766 - 0045

"Lorsqu'il devint de plus en plus évident que HITLER et le Reichsfuehrer HIMMLER avaient l'intention d'écarter les derniers restes de l'Etat de Droit et qu'il devint de plus en plus clair que la force de la police ne connaissait plus de limites, et que la transformation en un Etat purement policier devenait de plus en plus visible, l'accusé FRANK bondit et s'adressa dans 4 Grands Discours à l'opinion publique allemande pour un dernier rappel à l'idée de l'Etat de Droit. Il agit ainsi lorsque HITLER était au summum de sa puissance. Il adressa cet appel à l'opinion publique allemande à une époque où les armées allemandes marchaient sur Stalingrad et le Caucase et où les chars allemands étaient à El Alamein à 100 Kms d'Alexandrie. Lors de l'administration des preuves, j'ai lu quelques extraits de ces grands discours tenus par l'accusé FRANK à Berlin, Heidelberg, Vienne et Munich. Ces discours renfermaient une réfutation de toute forme d'Etat policier et une approbation de l'Etat de droit quant à l'indépendance du juge et a l'idée du Droit en soi. L'écho que trouvèrent ces discours dans les milieux des défenseurs du Droit, fut énorme. Malheureusement, cet écho ne s'est pas étendu à d'autres milieux plus importants et en particulier, il n'a pas atteint les hommes qui auraient possédé seuls le pouvoir de mettre un frein à la fatalité menaçante.

Les suites de cette tentative d'éviter par un dernier grand effort la disparition de l'idée de l'Etat de Droit

H2766 - 0046

sont connues. L'accusé FRANK fut relevé de toutes ses fonctions dans le Parti. Il fut destitué de son titre de Président de l'Académie pour le Droit allemand. La direction de l'Association des Défenseurs du Droit nationaux-socialistes fut placée entre les mains du Ministre de la Justice du Reich THIERACK. HITLER interdit à FRANK de parler en public.

Je suis convaincu que précisément cette intervention audacieuse de l'accusé FRANK pour l'idée du Droit et de l'Etat de Droit, ne doit pas être oubliée lors de la décision qui sera prise quant à l'exécution du Jugement.

Je vous prie, en outre, de considérer comme il ressort d'ores et déjà des motifs du Jugement, que la compétence de l'accusé en sa qualité de Gouverneur Général était limitée sur des points importants et qu'étant donné le décret secret de HITLER et de HIMMLER, toutes les questions de la Police de sûreté et du SD étaient uniquement traitées soit par HIMMLER lui-même, soit par le Chef Supérieur des SS et de la Police à l'Est. Quant aux détails, je me réfère au contenu de mon plaidoyer final pour l'accusé FRANK.

Les déclarations qui précèdent, ont été résumées par le grand poète anglais Bernard SHAW dans une appréciation, qui a été publiée il y a quelques jours

H2766 - 0047

avec une déclaration d'un Haut dignitaire ecclésiastique anglais dans la presse mondiale et à laquelle je n'ai rien à ajouter.

signature : illisible

Dr Alfred SEIDL
Avocat

Je soussigné Pierre LHERMITTE, certifie connaitre parfaitement la langue allemand et la langue française et atteste que le texte ci-dessus est la traduction sincère et correcte de ce document.

Le 6 octobre 1946
Le Chef de la Section VI
Pierre LHERMITTE

H2766 – 0048

Адвокат

Д-р Алфред Зейдл

Мюнхен 2
Нейхаусштрассе 50/11
/против Кафе Фюрстенгоф/
Тел.12628 и 12629.
Почтовый ящик 271.

Нюренберг, 4-го октября 1946 г.

Господину Генеральному Секретарю
Международного Военного Трибунала,

Н ю р н б е р г .

Относительно: Д-ра Ганса Франка по совершению военных преступлений и преступлений против человечества на основании статьи 29 Устава Международного Военного Трибунала.

Прилагаю ходатайство,в пяти экземплярах, в Союзный Контрольный Совет в Германии, относительно подсудимого Д-ра Ганса Ф р а н к а , с просьбой передать его для дальнейшего рассмотрения.

Подпись /Д-р Зейдл./
Адвокат.

H2766 – 0049

Адвокат

Д-р Алфред Зейдл

Мюнхен 2
Нейхаузерштрассе 50/П.

Защитник подсудимых

Рудольфа Гесса и
Ганса Франка.

Нюренберг, 4-го октября 1946 г.

В Союзный Контрольный Совет Германии,

Б е р л и н .

Относительно: Д-ра Ганса ФРАНКА по совершению военных преступлений против человечества, на основании статьи 29 Устава Международного Военного Трибунала.

По приговору Международного Военного Трибунала подсудимый Ганс ФРАНК оправдан по разделу 1 обвинения и признан виновным по разделам Ш и 1У. Он приговорен к смертной казни.

Против определенно высказанного желания подсудимого я подаю, по просьбе семьи осужденного,

х о д а т а й с т в о

о том, чтобы Контрольный Совет в Германии, пользуясь принадлежащим ему по ст. 29 Устава Международного Военного Трибунала правом, заменил смертную казнь пожизненным тюремным заключением.

Обоснование: Международный Военный Трибунал поставил в основу своего суждения Устав, на основании которого он был издан, и который составляет существенную часть соглашения, подписанного всеми сторонами 8-го августа 1945 г. в Лондоне.

H2766 – 0050

При вынесении приговора суд руководствовался исключительно юридическими соображениями, выраженными в Уставе Международного Военного Трибунала. Политические точки зрения при этом вообще или не играли никакой роли или, во всяком случае, второстепенную роль, поскольку дело касалось военных преступлений и преступлений против человечества /Раздел III и IУ/.

Вопрос же о том, должен ли приговор против подсудимых быть приведен в исполнение, содержит в себе не только юридическое суждение, но обозначает также и политическое решение. Это следует безусловно уже и из того факта, что Союзный Контрольный Совет в Германии выполняет функции бывшего Германского правительства Рейха и государственного главы Германского Рейха. В частности из этого следует, что:

1.

Закончившаяся вторая мировая война являлась еще в гораздо большей степени, чем первая мировая война 1914/1918 г. г., войной уничтожения, которая велась при беспощадном использовании материала и с применением всех современных методов войны. Не подлежит никакому

H2766 - 0051

сомнению, что законы и обычаи войны, как они определяются в приложении к IУ Гаагскому соглашению от 1907 года /Гаагское решение о ведении сухопутной войны/ нарушались не только Германией. Это применимо и к Женевскому Соглашению об улучшении судьбы военных, раненых и больных на поле сражения и к соглашению от 27-го июля 1929 года, об обращении с военнопленными, и к другим кодифицированным и не кодифицированным обычаям войны.

Если и справедливо, что, по существующему международному праву, победоносное государство пользуется правом наказывать враждебных иностранных подданных, попавших в его руки, в случае нарушения им до взятия в плен законов войны, - причем это нарушение произошло не по его личному побуждению, а может быть приписано исключительно его родному государству, то не подлежит, однако, сомнению, что в каждом подобном случае одностороннее применение общих правовых принципов должно оскорбить чувство справедливости не только побежденного народа, но и всех правосознательных людей.

II.

Главный прокурор Соединенных Штатов Америки заявил в своей вступительной речи перед Международным Военным Трибуналом 21-го ноября 1945 г., что вопрос касается в первую очередь не личной судьбы 22 подсудимых, а о проведении общих правовых и нравственных принципов, без которых не являются возможным сожительство народов.

H2766 - 0052

Не подлежит, однако, сомнению, что эти принципы о б щ е о б я з а т е л ь н ы , и что они могут иметь силу приказа только в том случае, если их п р и м е н е н и е является тоже в с е - о б щ и м и р а в н ы м .

С вынесением приговора 30-го сентября 1946 года, Международный Военный Трибунал отдал должное закону в той его форме, которая нашла себе выражение в Уставе Трибунала. Едва ли можно ожидать, чтобы эффект казни, который превышает всякий эффект решения как такового, оказал бы воздерживающее влияние на отдельных индивидуумов в случае подобных же преступлений, совершенных ими. Контрольному Совету, напротив, придется серьезно рассмотреть вопрос о том, не окажет ли приведение в исполнение смертного приговора неблагоприятного для здорового демократического развития влияния на немецкий народ, прежде всего с более широкой точки зрения. Контрольный Совет не должен при этом упускать из вида того, что политическое и экономическое положение, в котором находится теперь немецкий народ, заметно ухудшается изо дня в день. В пределах настоящего ходатайства мне не приходится расследовать в частности основания для этого и отвечать на вопрос о виновности. Является, однако, необходимым, указать вкратце на следующие ф а к т ы , которые говорят сами за себя.

H2766 - 0053

1. Устав Международного Военного Трибунала был подписан 8-го августа 1945 г., вместе с Лондонским Соглашением, существенной частью которого он является. За шесть дней до этого, а именно, 2-го августа 1945 г., было подписано главами правительств тех же держав, за исключением правительства франции, в Потсдаме, заявление, которое играет немаловажную роль в разрешении различных возникших также и в закончившемся процессе вопросов, и таких, которые будут иметь величайшее значение в будущей политической и экономической судьбе Германии. Согласно этому заявлению не только области с чисто немецким населением были помещены под советское временное польское управление, но было создано также положение, которое будет иметь самые серьезные последствия. Я высказался в этом смысле уже в своей заключительной речи в пользу подсудимого Ганса Ф р а н к а, и при этом сделал следующие выводы: "Я упоминаю об этом не для того, чтобы обратить внимание на ужасные опасности, которые могут возникнуть при подобных мероприятиях, уже и в том отношении, что, при предусмотренном разделении Германии, территория, уменьшенная по сравнению с 1919 г. на 22 %, должна прокормить на 18 % большее население, и что в будущем на один квадратный километр будет приходиться около 200 жителей.

H2766 – 0054

Я указываю на такое положение вещей и не для того, чтобы констатировать, ято продолжение настоящей экономической политики и сохранение так называемого индустриального плана приведет Германию к катастрофе, последствия которой коснутся не только немецкого народа..."

Эти последствия будут тем более тяжелыми, что дел касается тех отделенных областей, которые обладал сельскохозяйственными избытками.

2. Заявление от 2 августа 1945 г., сделанное на выше упомянутой Потсдамской Конференции представителей правительств Соединенных Штатов Америки, Велик британии и Союза Социалистических Советских Республик,содержит в числе прочих и следующий абзац:

" Конференция пришла к следующему соглашению в отношении удаления немцев из Польши, Чехословакии и Венгрии: после всестороннего рассмотрения этого вопроса три правительства придерживаются того мнения, что необходимо провести переселение в Германию всех слоев немецкого населения или ту часть его, которая осталась в Польше, Чехословакии и Венгрии. Это переселение коснулось и коснется еще миллионов немцев. Условия, при которых проводится пересел

H2766 - 0055

настолько ужасны, что западно-германские епископ
считали себя вынужденными обратить на это внимание
в особом пасторском обращении от 29 марта 1946 г.
В этом обращении говорится, между прочим:
" Уже несколько недель тому назад мы вынуждены бы-
ли привлечь внимание на вопиющие события на восто-
ке Германии, в особенности в Силезии и Судетской
области, откуда свыше 10 миллионов немцев изгоня-
ются с величайшей жестокостью с места их родины,
без всякого расследования личной виновности. Ни-
какое перо не может описать то невыразимое страда-
ние, которое переживается там в условиях пренебре-
жения всякой человечности и справедливости. Все
этих людей сгоняют без всякого имущества, без вся-
ких средств к существованию в оставшуюся часть
Германии. Нельзя не предвидеть того, что все эти
изгнанные из родины массы составят неспокойные и
угрожающие мир элементы.
С у д ь б а э т и х б л у ж д а ю щ и х б е з
в с я к и х с р е д с т в л ю д е й в о
м н о г и х с л у ч а я х х у ж е с м е р т и
Действительная помощь со стороны германских влас-
тей становится невозможной вследствие разрушения
политического и экономического единства Германии.
Контрольный Совет не должен оставить без внимания,
при своем решении, это положение вещей.

H2766 – 0056

3. Контрольный Совет в Германии не упустит из виду в своей ориентировке и более широкую точку зрения, которая, в то же время означает и справедливое политическое решение. На это указывается также и в вышеупомянутом пасторском обращении епископов из церковных областей Кольна и Падерборна, причем приводятся следующие выводы:
" Правосознание германского народа сильно оскорблено тем, что в настоящее время, через год после прекращения враждебных действий, миллионы немецких военнопленных задерживаются еще на неопределенное время, большей частью, при ужасных условиях, лишены свободы, сотни тысяч, если не миллионы, привлекаются к принудительной работе, как рабы, хотя их можно упрекнуть лишь в том, что они были солдатами. Многие из этих несчастных все еще не имеют никаких вестей из дома и не могут подать никаких вестей своим родным. Горькое чувство несправедливости, – многие из них поплатились здоровьем и даже жизнью, – должно было неизгладимо укорениться в них."

4. Не менее важен для решения Контрольного Совета и другой факт, который также отмечается в вышеупомянутом пасторском обращении следующим образом:

H2766 – 0057

" Мы считаем также нужным заявить, что увольнение без предупреждения и без всякого обеспечения тысяч чиновников и экономистов, аресты дальнейших тысяч людей без судебного приговора, лишения их свободы собственной защиты и без возможности сообщения с ближайшими родственниками, все это должно чувствительно поразить правосознание народа. Чтобы осуществить духовное оздоровление народа, нужно вытеснить из общественной жизни все то, что напоминает о Гестапо, концентрационных лагерях и подобных учреждениях. Иначе создается внутреннее отравление, которое сильно затрудняет нравственный и религиозный под'ем или делает его вообще невозможным".

5. В упомянутом пасторском обращении указывается также на тот факт, что на востоке Германии под лозунгом: "Земельная реформа", проводится отчуждение земельной собственности в таких радикальных формах, которые не имеют ничего общего с настоящей земельной реформой. Еще важнее то обстоятельство, что в отдаленных частях оккупированной Германии происходит экономическое опустошение, которое должно сделать экономическое и социальное оздоровление невозможным. Предприятия разрушаются, фабрики и заводы разоряются или демонтируются и переправляются, независимо от того, лишается ли этим рабочее население своего заработка, или нет. Электрические инсталляции и предприятия по снабжению не составляют в этом отношении исключения.

H2766 – 0058

И все это происходит без всякого выяснения будущей судьбы Германии путем мирного договора и без всякого раз'яснения репарационных обязательств.

Все эти проблемы не находятся в непосредственной связи с предстоящим решением Контрольного Совета. Не подлежит, однако, сомнению, что косвенная связь не менее важна; в особенности, если Контрольный Совет при своем решении подойдет к своим обсуждениям с широкой точки зрения.

Непосредственная связь с делом подсудимого Франка существует, поскольку этому подсудимому вменяется в вину, что он проводил политику разграбления в областях Польши, управляемых им. Что касается отдельных фактов, то я ссылаюсь на мое изложение в заключительной речи в защиту подсудимого Франка.

6. Я уже говорил, что закончившаяся вторая мировая война велась обеими сторонами с применением всего военного и экономического потенциала, и что ни одна из воюющих сторон не воздерживалась от применения в борьбе самых ужасных средств. Я напомню в связи с этим об ужасных последствиях, которые имели обе атомные бомбы для городов Хиросима и Нагасаки, где сотни тысяч людей поплатились жизнью, или были тяжело ранены.

H2766 – 0059

Произведенные в Германии разрушения не менее ужасны. В своей заключительной речи в защиту подсудимого я уже высказал свою точку зрения и ссылаюсь здесь на это. В связи с этим следует напомнить только о том, что при одном налете на Дрезден не менее чем 280.000 людей потеряли жизнь.

Все это представляет такие факты, которых Контрольный Совет не может упустить из виду при своем решении, даже если и будет приведен в исполнение смертный приговор, вынесенный Международным Военным Трибуналом. Обойти их будет тем менее возможно, чем больше будет принят в рассчет возможный психологический эффект приведения в исполнение приговора.

III.

Международный Военный Трибунал нашел смягчающие обстоятельства в отношении многих подсудимых в том, что в последние годы войны они оказывали сопротивление Гитлеру и его режиму. Правда, что подсудимый Франк не принимал участия ни в каком заговоре против Гитлера. По этому поводу я уже высказался в заключительной речи в защиту подсудимого Франка, где говорил:

H2766 ~0060

По мере того, как становилось все более очевидным что Гитлер и Рейхсфюрер СС Гиммлер собирались устранить последние остатки правового государства и более ясным стало, что власть полиции не имела больше никаких ограничений, и начиналось развитие чисто полицейского государства, - подсудимый Франк выступил и обратился в своих четырех больших речах к германской общественности с последним призывом к идее правового государства. Он это сделал, когда Гитлер был на высоте своей власти. Он направил этот призыв к германской общественности в то самое время, когда германская армия подходила к Сталинграду и на Кавказ и германские танки в Африке стояли около Эл Аламейн в 100 км от Александрии. В своих доказательствах я уже зачитывал некоторые выдержки из этих больших речей, которые подсудимый Франк произнес в Берлине Гейдельберге, Бонне и Мюнхене. Эти речи ясно говорили об отказе от всякого вида полицейского государства и содержался призыв к правовому государству, к независимости судьи и к идее справедливости. Эти речи нашли огромный отклик в кругах блюстителей закона. К сожалению, этот отклик не захватил более широких кругов и в особенности на него не отозвались единственные люди, обладающие могучими средствами для предотвращения угрожающей судьбы.

H2766 - 0061

Последствия этой попытки, предотвратить падение идеи правового государства последним великим усилием, уже известны. Подсудимый Франк лишился всех своих партийных должностей. Он был снят с поста председателя Академии Германского Права. Руководство Союзом национал-социалистических блюстителей права было передано в руки министра юстиции рейха ТИРАКА. Самому Франку Гитлер запретил произносить речи."

Я убежден, что именно это смелое выступление подсудимого Франка за идею права и за правовое государство не будет оставлено без внимания при решении о приведении в исполнение приговоров.

Я прошу также вспомнить, как это следует, из самого обоснования приговора, что компетентность подсудимого, как генерал-губернатора, была ограничена в существенных пунктах, и , на основании секретного декрета Гитлера и Гиммлера, все дела полиции безопасности и СД рассматривались исключительно или самим Гиммлером или высшим полицейским фюрером СС. В отношении отдельных фактов, я ссылаюсь на содержание моей заключительной речи в защиту подсудимого Ф р а н к а .

Вышеприведенные доводы были высказаны великим английским писателем Бернард Ш О У в суждении, которое было опубликовано несколько дней тому назад в мировой прессе вместе с заявлением одного высшего английского представителя духовенства, к которому мне нечего больше прибавить.

/Подпись/ Д-р З э й д л ь
Адвокат

H2766 – 0062

УДОСТОВЕРЕНИЕ.

Я, Д-р Франк Эстеркин, настоящим удостоверяю, что вполне владею немецким и русским языками, и что настоящее является точным и верным переводом оригинального документа.

5-го октября 1946 г.

Д-р Франк Эстеркин

Военное Удостоверение № 18704.

CERTIFICATE OF TRANSLATION

I, Dr. Frank Esterkin, hereby certify that I am thoroughly conversant with German and Russian languages; and that the above is a true and correct translation of the original document.

5 October 1946

Dr. Frank Esterkin
U.S. Permit No. 18704

H2766 - 0063

Clemency Pl...
+ Kilbourn

Kilbourn - Clemency Pl

14-3766